

PROTESTE gegen die Militärtagung

11. Febr. '05
12. Febr. '05
in München



Nächstes Kriegsziel: Iran?

US-Spähtrupps lokalisieren bereits Ziele

US-Präsident Bush hat unverhohlen dem Iran mit Krieg gedroht. Er könne einen Militäreinsatz „nicht ausschließen“, wenn sich Teheran nicht den Forderungen der USA füge. Zur zweiten Amtseinführung verkündete er die weltweite „Expansion der Freiheit“. Die neue US-Außenministerin Condoleezza Rice brandmarkte den Iran und fünf weitere Staaten als „Außenposten der Tyrannei“.

Es ist das gleiche Szenario wie in den Monaten vor dem Angriff auf den Irak: Ein von den USA konstruierter Konflikt – Sanktionen – Ultimatum – Drohungen – Krieg.

Auf Anweisung des Pentagon-Chefs Donald Rumsfeld werden bereits seit Monaten mögliche Angriffsziele im Iran von amerikanischen Geheimkommandos ausspioniert und markiert.

Rumsfeld nimmt in diesem Jahr nicht an der „Sicherheitskonferenz“ in München teil. Offensichtlich ist er zu sehr mit den Kriegsplanungen beschäftigt. Möglicherweise kommt er auch deswegen nicht, weil gegen ihn die Anzeige einer New Yorker Menschenrechtsorganisation bei der hiesigen Bundesanwaltschaft immer noch anhängig ist – auf Grundlage des Völkerstraf-Gesetzbuches. Immerhin hat Douglas Feith, in der Rangfolge dritter Mann des Pentagon, verlangt, die Bundesregierung müsse dieses Verfahren beenden, sonst könne Rumsfeld nicht nach Deutschland kommen.

Anstelle des Beschuldigten erscheint nun also sein Unterstaatssekretär Feith. Der gehört mit zu den schärfsten Kriegsfalken der US-Administration. Im Sommer 2002 lieferte er dem US-Präsidenten jene „getürkten“ Geheimdienstinformationen, die angebliche Verbindungen zwischen Saddam Hussein und Al Kaida belegen sollten. Rumsfeld, sein Stellvertreter Wolfowitz und Feith waren es u.a. auch, die schon Mitte der 90er Jahre den Angriff auf den Irak forderten, um dort ein US-höriges Regime zu installieren.

Bundeskanzler Schröder, Kriegsminister Struck und Außenminister Fischer, die zur NATO-Tagung in München erwartet werden, dürfen zwar Bedenken anmelden, aber ebenso wenig wie beim Angriff auf den Irak ernsthaft etwas dagegen tun. Wirkliche Kriegsgegnerschaft der

Bundesregierung hieße nämlich: Überflugrechte sowie die Erlaubnis für Truppen- und Waffentransporte über Deutschland zu verweigern. Dr. Jens Peter Steffen, Sprecher der IPPNW (Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges) warnte davor, die Kriegsabsichten der USA nicht ernst zu nehmen. „Wir befinden uns bereits im Vorfeld eines neuen heißen Krieges.“ Ein Angriff würde „garantiert zu einer nuklearen Verseuchung führen.“

Lasst uns nicht abwarten, bis die Bomben fallen. Fallen wir den Kriegsstrategen in den Arm!

MIT MILITÄRS IN FRIEDLICHEM DIALOG: Rüstungskonzerne auf der Sicherheitskonferenz

Bei der Sicherheitskonferenz 2004 waren siebzehn Top-Manager und Vorstände der weltweit größten Rüstungskonzerne vertreten. Horst Teltschik selbst ist Deutschlandpräsident von Boeing, dem größten Luft- und Raumfahrtkonzern der Welt und Rüstungsschmiede Nr. 1 in den USA. Die anderen vertretenen Rüstungskonzerne waren: EADS, Krauss-Maffei-Wegmann (D, Panzer), Tales International (F, Rüstungselektronik), The Cohen Group (USA), EADS North America, Diehl (D, Kleinwaffen), Northrop Grumman (USA, Flugzeuge), Rheinmetall Detec AG (D, Panzer, Geschütze), DRS Electro-Optical Systems Group (USA, Rüstungselektronik), Lockheed Martin (USA, Flugz.), The Mercury Group (USA), General Dynamics (USA, Panzer), The Scowcroft Group (USA).

Welch absurde Vorstellung: Diese Kriegswaffenhersteller würden an einer Tagung teilnehmen, auf der – wie Teltschik sagt – „ausschließlich“ über „friedliche Konfliktlösungen“ geredet wird! In solch einem Fall würden die Konzernmanager von ihren Aktionären wegen massiver Geschäftsschädigung sofort entlassen werden.

Dialog unter NATO-Kriegsstrategen

In diesem Jahr hat Horst Teltschik, der Veranstalter der Münchner Militärtagungen das Logo der Konferenz um den Untertitel „Frieden durch Dialog“ ergänzt. Eine scheinheilige PR-Aktion. Verzweifelt versucht er – seit es im Jahr 2002 zu Massenprotesten in München kam – die Vorwürfe zurück zu weisen, seine Konferenz diene der Vorbereitung und Propagierung von weltweiten Kriegseinsätzen der NATO-Staaten.

Auf der offiziellen Homepage der „Sicherheitskonferenz“ behauptet Teltschik, die Konferenz befasse sich „ausschließlich mit der Frage, wie Konflikte friedlich gelöst werden können“. Die Tagung sei eine „internationale Friedenskonferenz“. Den Charakter der Konferenz beschreibt er so: „Was das Weltwirtschaftsforum in Davos für die Spitzenvertreter der internationalen Wirtschaft ist, ist die Sicherheitskonferenz in München für die Repräsentanten der strategischen Gemeinschaft“. Im Gegensatz zu Davos, so sagt er, seien in München

jedoch „die politischen Akteure und Entscheider anwesend.“ Was er nicht sagt, ist: Weder beim „World Economic Forum“ im Schweizer Winterkurort Davos noch in München geht es um die Bekämpfung des Hungers und der Armut auf der Welt, es geht weder um eine gerechte Weltwirtschaftsordnung noch um Frieden und Sicherheit auf dem Globus.

In Davos treffen sich die „Opinion Leaders“ aus Wirtschaft und Politik, Vertreter von Industrie und Bankkonzernen und der Medien. Sie debattieren über Strategien der globalen Durchsetzung des freien Marktes und der Ausplünderung des Planeten durch die Multis. Die Münchner Sicherheitskonferenz ist das militärisch-strategische Äquivalent zum Weltwirtschaftsforum: Ein „Dialog“ unter Kriegsstrategen. Im Nobel-Hotel „Bayerischer Hof“ versammelt sich die militärpolitische Elite der NATO-Staaten, Außen- und Kriegsminister oder ihre Staatssekretäre, so genannte Sicherheitsexperten, führende NATO-Generäle sowie Ver-

treter der größten Rüstungskonzerne der Welt (siehe die Aufzählung auf dieser Seite oben).

Ganz ohne Protokoll und Beschlussfassungszwang werden Militärstrategien koordiniert, Pläne für gemeinsame Truppeneinsätze abgesprochen und Kriegskoalitionen geschmiedet. 1999 war es der NATO-Angriff auf Jugoslawien, 2002 der so genannte „Anti-Terror-Krieg“ und 2003 der Krieg gegen den Irak.

Ginge es nach dem Grundgesetz, dürften derartige Tagungen, auf denen völkerrechtswidrige Angriffskriege besprochen und propagiert werden, gar nicht stattfinden.

Zur Imageaufbesserung hat Teltschik dieses Jahr den Generalsekretär der Vereinten Nationen eingeladen. Ihm soll vom bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber die neu geschaffene „Friedensplakette“ verliehen werden. Die mögliche Teilnahme Kofi Annans macht jedoch aus der NATO-Militärtagung noch lange keine Friedenskonferenz.

KRIEG & GESCHÄFT

In Kooperation mit der NATO-Sicherheitskonferenz veranstaltet der Bundesverband der deutschen Industrie und der Bundesverband der deutschen Banken am Freitag, 11. Februar 2005 in München eine „Finanzierungskonferenz zur Region Nordafrika Mittelost“. Die Tagung findet im Hotel Dorint Sofitel am Hauptbahnhof statt. Mitveranstalter ist die Weltbank-Gruppe und die Europäische Investitionsbank. Erwartet werden „bis zu 250 Vertreter von Unternehmen, Banken und Politik“.

Das offizielle Motto der Finanzierungskonferenz „Mehr Sicherheit durch Investitionen“ deckt sich mit einem der Schwerpunkte der NATO-Sicherheitskonferenz 2005: „Die wechselseitige Beziehung von wirtschaftlicher Entwicklung und Sicherheit“. Das Zusammenspiel von Kriegspolitik und wirtschaftlichen Interessen könnte nicht deutlicher sein. Ganz offensichtlich geht es darum, die ökonomische Expansion der deutschen Wirtschaft mit den militärpolitischen Planungen der NATO abzustimmen. Als geeignete Abnehmer für militärische Produkte, die

dann gegen afrikanische MigrantInnen eingesetzt werden können, gelten die Maghrebstaaten und Libyen.

Wie die Absicherung Europas u.a. auch aussehen könnte, hat Bundesinnenminister Schily mit seinem Vorschlag der „Auffanglager in Nordafrika“ bereits deutlich gemacht. Auch das spektakuläre gerichtliche Verfahren gegen den ehemaligen Chef der Cap Anamour, die Schiffbrüchigen im Mittelmeer aufgenommen hatte – eine konzertierte Aktion der Berlusconi-Justiz und der deutschen Justiz, die ein Exempel statuieren soll – zeigt deutlich: Für die Abschottung Europas gegen MigrantInnen sind alle verfügbaren Mittel recht.

Nach dem Ende der Tagung um 19⁰⁰ Uhr können die Wirtschafts- und Bankenbosse am Eröffnungs-Dinner der NATO-Militärtagung im Bayerischen Hof teilnehmen – für satte 380.- Euro plus MwSt. Dafür hält anstelle des Münchner Oberbürgermeisters diesmal Bundespräsident Horst Köhler die Eröffnungsrede.

SCHLAGLICHTER von den Münchner Sicherheitskonferenzen



1999

Horst Teltchik gibt sein Debüt als neuer Veranstalter der bisherigen „Wehrkunde-Tagung“, die in „Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik“ umbenannt wird. Neben weit über hundert Militär- und Rüstungsexperten aus NATO-Ländern werden seitdem regelmäßig auch Delegationen aus Nicht-NATO-Staaten eingeladen. Themenschwerpunkt ist aber die „Deutsche Sicherheitspolitik“ und „Perspektiven der NATO an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“.

Nach dem Ende der Tagung beginnt die Konferenz von Rambouillet, auf der von der jugoslawischen Regierung die Zustimmung zum Einmarsch von NATO-Truppen in den Kosovo verlangt wird. Knapp eine Woche später beschließen die NATO-Staaten ihren Truppeneinsatzplan. Sechs Wochen später beginnt der NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien.

2000

Hauptthemen sind die „Lehren aus dem Kosovo-Krieg“, die europäische Außen- und Militärpolitik sowie die transatlantischen Beziehungen“. Verteidigungsminister Rudolf Scharping und US-Verteidigungsminister William Cohen beklagen die unzureichenden militärischen Fähigkeiten der EU-Staaten. Seitdem wird der Aufbau „Schneller Eingreiftruppen“ der EU mit aller Energie vorangetrieben.

2001

Auch diesmal geht es um die Perspektiven der NATO und die teilweise gegenläufigen Militärstrategien der USA und der EU. Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger warnt die Europäer vor einem „konflikthaften Kurs“. Donald Rumsfeld gibt in München die Entscheidungen des neuen US-Präsidenten George W. Bush bekannt: die Stationierung der sog. „Nationalen Raketenabwehr“ NMD und die beabsichtigte Kündigung des ABM-Vertrags. Das Weltraumrüstungsprogramm werde auf jeden Fall verwirklicht – mit, ohne oder auch gegen die Europäer.

2002

Die Konferenzteilnehmer aus den USA kündigen ganz offiziell den Angriff auf den Irak an. US-Senator McCain: „Afghanistan war nur der erste Kriegsschauplatz, der nächste ist der Irak.“ Richard Perle, der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, erklärt, die US-Regierung sei „entschlossen, Saddam Hussein mit Gewalt aus dem Amt zu vertreiben, auch gegen den Willen der Europäer.“ Für den Antiterrorkrieg „brauchen wir kein UN-Mandat“, ergänzt US-Vizeverteidigungsminister Wolfowitz. Seine Botschaft: „Die einzige Verteidigung gegen den Terrorismus ist, den Krieg zum Feind zu bringen... Die beste Verteidigung ist ein guter Angriff“. Edmund Stoiber und Angelika Merkel nutzen die Konferenz als Tribüne zur militärischen Mobilisierung der EU und fordern eine deutliche Steigerung der Militär- und Rüstungsausgaben. Die CDU-Vorsitzende Merkel bekräftigt den Anspruch der EU, „auf der weltpolitischen Bühne eine herausgehobene Rolle zu spielen“. Der Aufbau einer „schlagkräftigen Eingreiftruppe“ habe deshalb oberste Priorität.

Dagegen gehen an diesem Wochenende 10.000 Menschen auf die Straße – trotz des von Oberbürgermeister Ude verhängten dreitägigen Versammlungsverbots für die ganze Stadt. Aus Massenprotest wird Widerstand.

2003

US-Kriegsminister Rumsfeld nutzt die Sicherheitskonferenz erneut als Propagandaforum für den längst beschlossenen Angriffskrieg gegen den Irak. Die deutsche Kriegsgegnerschaft erschöpft sich in der Äußerung von Außenminister Fischer, er sei von den Argumenten Rumsfelds „nicht überzeugt“. Der Krieg sei „zu diesem Zeitpunkt“ noch nicht gerechtfertigt. Wirklich ernst zu nehmende Maßnahmen, etwa die Verweigerung von Überflugrechten, von Militärtransporten und Unterstützungsleistungen der Bundeswehr für den Krieg werden von der Bundesregierung nicht in Erwägung gezogen. Angela Merkel befürwortet ganz offen „ein militärisches Vorgehen“ und eine Beteiligung Deutschlands entsprechend den Möglichkeiten der Bundeswehr. „Teilhabe an Entscheidungen erfordert Teilhabe am Risiko“, sagt die CDU-Vorsitzende.

Auf den Straßen Münchens demonstrieren an diesem Wochenende 30.000 Menschen gegen den bevorstehenden Irakkrieg und die Kriegstreiber im Bayerischen Hof.

2004

Alle NATO-Kriegsminister treffen sich zu einer ersten Beratung mit dem neuen NATO-Generalsekretär Jan de Hoop Scheffer. Donald Rumsfeld ist auch wieder in München. Er und die Bush-Regierung haben zwar die ganze Welt belogen und das Völkerrecht gebrochen, aber niemand von den Teilnehmern der „Sicherheitskonferenz“ nimmt ihm das wirklich übel.

Außenminister Fischer und Militärminister Struck akzeptieren und rechtfertigen die illegale Besatzungsherrschaft. Fischer: „Jetzt müssen wir alle nach vorne blicken, egal, wie unsere Haltung zum Krieg (gegen den Irak) gewesen ist... Wir sind uns einig, dass die Anstrengungen der Koalition Erfolg haben müssen“. Erfolg in Abu Ghraib? Bei der Bombardierung Falludschas? Bei der Privatisierung irakischer Staatsbetriebe und der Kontrolle über die irakischen Ölquellen? Erfolg für die Aggressoren?

Im Juni 2004 beschließen die NATO-Staaten in Istanbul Unterstützungsleistungen für die Besatzungsmächte im Irak.

Angela Merkel, CDU propagiert Angriffskriege

Das Bündnis München gegen Krieg hat nach der Sicherheitskonferenz 2004 beim Bundesanwalt Strafanzeige gegen Angela Merkel wegen unmissverständlicher Propagierung von Angriffskriegen gestellt. In Anlehnung an die frühere US-Außenministerin Albright erklärte Merkel auf der Münchner Militärtagung: Um „Politik und Handeln anderer Nationen zu beeinflussen“ und um „den Interessen und Werten der eigenen Nation zu dienen“, müssten wir „alle Mittel in Betracht ziehen... von freundlichen Worten bis zu Marschflugkörpern“. Diese „verblüffend einfache Definition“ müsse nicht nur für die US-Politik Gültigkeit haben, „sondern sollte... besser muss... auch Maßstab einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sein.“ Merkels Plädoyer klang deutlich nach „Anstachelung zum Angriffskrieg“ (§ 80a StGB). Der Generalbundesanwalt entgegnete, dass „Meinungsäußerungen, die als Billigung einer militärischen Aktion anzusehen sind, nicht als Straftatbestand in Betracht kommen“.

WIEDERENTWAFFNUNG JETZT

50 JAHRE BUNDESWEHR SIND 50 JAHRE ZU VIEL

2005 ist das Jahr des fünfzigjährigen Bestehens der Bundeswehr. Mit Gelöbnissen, Waffen- und Propagandashows, mit Reservistentreffen und Empfängen werden die Militaristen sich landauf, landab feiern. Das ist eine Provokation!

50 Jahre Bundeswehr, das markiert den Übergang zu einer weltweit agierenden Interventionsarmee.

Die herrschende Antwort von USA und EU auf die anhaltende Krise des Kapitalismus ist der permanente Krieg. Damit wollen sie den weltweiten Zugriff auf Ressourcen sichern und Migrationsbewegungen kontrollieren. Weltweite Ausbeutung und Kriegspolitik sind zwei Seiten derselben Medaille.

Aus der Perspektive einer forcierten Ausbeutung in den Metropolen ist die Auflösung der westlichen Wohlfahrtsstaaten nur mit dem Übergang zum autoritären Kontrollstaat zu machen. Der Einsatz des Militärs im Inneren ist nur eine Frage der Zeit. Es gibt für die „neue Weltordnung“ keinen Friedenszustand mehr, der ohne Krieg auskommt: Aber Appelle an die Herrschenden nützen nichts.

WIEDERENTWAFFNUNG JETZT

meint die gesellschaftliche Ächtung des Militärs – aller SoldatInnen, Rüstungsindustriellen und kriegstreibenden PolitikerInnen. Das Militär ringt um gesellschaftliche Anerkennung mit einer Vielzahl von Propagandaveranstaltungen. Das Militär braucht diese Anerkennung, um Moral und Motivation der Truppe aufrecht zu erhalten. Ächtung heißt deshalb: Jeder Soldat und jede Soldatin soll zu spüren bekommen, dass sie keinen normalen Job machen!

Militär ist an vielen Orten. SoldatInnen sind im Bekanntenkreis und auf Parties. Sie präsentieren sich auf Messen und auf Plätzen. Sie haben Kasernen und Infrastruktur. Sie feiern Gelöbnisse. Konfrontieren wir sie mit unserer Gegnerschaft!

WIEDERENTWAFFNUNG JETZT

Das ist ein Aufruf zur aktiven Wehrkraftersetzung, ist die Aufforderung an alle SoldatInnen, sich zu verweigern und dafür entsprechende Hilfe und Unterstützung zu organisieren.

WIEDERENTWAFFNUNG JETZT

ist der Versuch, Sand in das Getriebe der militärischen Infrastruktur zu streuen. Militär braucht das Funktionieren des militärischen Apparates und seine Infrastruktur. Dieses Funktionieren gilt es zu sabotieren. Dazu eignen sich Blockaden vor Militärbasen ebenso wie direkte Aktionen zur Reduzierung des militärischen Geräts. In der klassischen Friedensbewegung hieß es einmal: „Schwerter zu Pflugscharen!“

WIEDERENTWAFFNUNG JETZT!

Bringen wir das Militär aus dem Gleichschritt!

Weitere Infos: www.wiedentwaffnung.de.vu

Wer Schlafplätze für auswärtige DemonstrationsteilnehmerInnen zur Verfügung stellen kann, melde sich bitte unter pennplatz@no-nato.de

Wir rufen auf

Für Frieden und Gerechtigkeit weltweit – Nein zu Militarisierung und Krieg

Die jährlich stattfindende so genannte Sicherheitskonferenz in München ist ein Treffen von Regierungsvertretern aus den NATO-Staaten, von Militärstrategen, Generälen und Rüstungsexperten.

Die im Nobelhotel Bayerischer Hof hinter verschlossenen Türen tagenden und von einer gigantischen Polizeimacht geschützten EU- und NATO-Repräsentanten behaupten, bei der Konferenz gehe es um Frieden und internationale Sicherheit. Das Gegenteil ist der Fall: Hier werden Militärstrategien koordiniert, Pläne für gemeinsame Kriegseinsätze abgesprochen und Kriegskoalitionen für Angriffskriege geschmiedet.

1999 war es der NATO-Krieg gegen Jugoslawien, 2002 der sogenannte „Krieg gegen den Terror“, 2003 ging es um die Beteiligung am Angriffskrieg gegen den Irak und 2004 stand die Besatzungsherrschaft im Irak auf dem Programm.

Die wirtschaftlich und politisch Mächtigen der Welt, insbesondere der USA, Deutschlands und der anderen EU-Staaten beanspruchen für sich das Recht „auf ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“. Sie wollen ihre wirtschaftlichen Interessen und ihre globalen Machtansprüche notfalls mit militärischer Gewalt gegen den Rest der Welt durchsetzen. Folgen einer solchen Gewaltpolitik sind globale Verarmung, Zerstörung demokratischer und sozialer Rechte und die Vernichtung natürlicher Lebensgrundlagen. Die Kriege der jüngsten Zeit haben dies gezeigt.

Wir wenden uns gegen ein System, das sich ausschließlich am Profit orientiert und das sowohl in Friedens- wie in Kriegszeiten über Leichen geht. Dazu gehören die hermetische Ab-



schottung der Außengrenzen der EU und der USA gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen, und in Deutschland: rassistische AusländerInnenengesetze, die Abschaffung des Asylrechts, Naziterror und Mord.

Seit Jahren ist der konsequente Aufbau eines Drohpotentials Bestandteil der EU-Politik. Dazu gehört unter anderem auch die in der vorgesehenen EU-Verfassung festgeschriebene Verpflichtung zur Aufrüstung: So werden in Deutschland für neue Rüstungsprogramme in den nächsten 10 Jahren 150 Mrd. Euro veranschlagt. Bereits heute ist Deutschland drittgrößter „Truppensteller“ bei internationalen Militäreinsätzen.

Militarisierung nach außen und Demontage des Sozialsystems nach innen sind zwei Seiten einer Medaille: Mit der Durchsetzung von „Agenda 2010“ und „Hartz IV“ betreibt die Allianz aus Unternehmern, Kapitaleignern und der großen parlamentarischen „Reformkoali-

tion“ (CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP) mit dem Argument der globalen Standortkonkurrenz Sozialkahltschlag.

Weltweiter Protest gegen diese menschenfeindliche Politik der kapitalistischen Globalisierung hat sich entwickelt, wo immer sich die neoliberalen Kriegs- und Wirtschaftsstrategen trafen: in Seattle, Genua, Prag, Davos, Barcelona und München, aber auch durch die seit Porto Alegre entstandene Sozialforumsbewegung.

Wir erklären den NATO-Kriegsstrategen: Euer Treffen ist in München und anderswo unerwünscht. Eurer Politik setzen wir weltweit Widerstand entgegen.

Krieg und Sozialkahltschlag bedrohen uns alle: Arbeitslose und Beschäftigte, Jugendliche und Rentner, Menschen mit oder ohne deutschen Pass. Nur gemeinsam können wir wirksam Alternativen durchsetzen, um eine friedliche und gerechte Welt zu schaffen.

Wir sind ein breites Bündnis unterschiedlicher Gruppen mit verschiedenen Vorstellungen von Protest und Widerstand. Wir kritisieren aus unterschiedlichen Positionen weltweite Ungerechtigkeit und staatliche Gewaltpolitik. Diese Vielfalt ist unsere Stärke.

- **Stoppt die weltweite Kriegs- und Besatzungspolitik der NATO-Staaten**
- **Für ein soziales Europa – Keine EU-Militärmacht**
- **Gegen jegliche deutsche Kriegsbeteiligung – Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr**
- **Internationale Solidarität gegen Ausbeutung und Unterdrückung**
- **Statt sozialer Demontage und Aufrüstung – Umverteilung von oben nach unten**
- **No justice – no peace / Ohne Gerechtigkeit kein Frieden**

Auszüge aus dem Aufruf von ver.di – Bezirk München zur Demonstration gegen die NATO-Sicherheitskonferenz

ABRÜSTUNG STATT KRIEG UND SOZIALKAHLSCHLAG

„Krieg ist wieder ein Mittel der deutschen Politik geworden. Milliardenbeträge werden für Rüstungsprojekte und die Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer weltweiten Interventionsarmee ausgegeben. Der sog. Verteidigungshaushalt mit ca. 24 Mrd. Euro wird von Kürzungen verschont, bei den Sozialleistungen, im Bildungs- und Gesundheitswesen erfolgen jedoch massive Streichungen. Wir alle, vor allem aber die Erwerbslosen, die Rentner und Sozialhilfeempfänger, bezahlen die Zeche. ...

Der Staat und die Unternehmer ziehen sich immer mehr aus den sozialen Sicherungssystemen zurück: wir sollen sie in Zukunft alleine bezahlen. Das bedeutet praktisch eine immense Lohnkürzung, eine Umverteilung von un-

ten nach oben. Nutznießer soll neben den Unternehmen und den Reichen vor allem der Rüstungssektor sein. So z.B. Verteidigungsminister Struck auf die Frage, woher die zusätzliche eine Milliarde Euro für seinen Etat ab 2007 jährlich kommen solle: „Die Agenda 2010 wird ihre Früchte tragen und auch dem Haushalt mehr Spielraum verschaffen.“ (SZ, 4.2.04)

Die Agenda 2010 ist nach dem Eingeständnis der Regierung erst der Anfang. Ein Ende des Sozialkahltschlags ist nicht absehbar – solange wir ihn nicht aufhalten! Wir wollen nicht bluten, damit Deutschland wieder andere Länder bluten lassen kann. Krieg nach außen und Demontage des Sozialsystems sind zwei Seiten einer Medaille. ...“

Der Aufruf wurde von Betriebsrats- und Personalratsmitgliedern aus folgenden Betrieben/Dienststellen unterzeichnet: Stadtjugendamt München, SECURITAS GmbH, R. Oldenbourg, TU München, Kaufhof Warenhaus AG, Institut für Rundfunktechnik, DeTe Immobilien, Stadtwerke München, HypoVereinsbank, Deutsche Telekom, Gemeinschaftsbetrieb Süddeutscher Verlag Hüthig Fachinformationen, Münchner Stadtbibliotheken, Rhode & Schwarz. Außerdem von Mitgliedern des Senioren- und des Erwerbslosenausschusses von ver.di München.

- AFI – Augsburg Friedensinitiative
- AK Aktiv gegen Rechts, München
- AK Internationalismus, München
- AMS – Assoziation Marxistischer StudentInnen (BuVo)
- AnarKOM – AnarchistInnen / RätekommunistInnen, Mchn.
- Attac München
- Bayerischer Flüchtlingsrat
- BIFA – Münchner Bürgerinitiative f. Frieden u. Abrüstung
- BUKO – Bundeskoordination Internationalismus
- Bundesausschuss Friedensratschlag, Kassel
- Bündnis München gegen Krieg
- Deutscher Freidenkerverband, München
- DFG/VK – Deutsche Friedensgesellschaft / Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Landesverband Bayern
- DIDF, München – Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei
- DKP – Deutsche Kommunistische Partei, München
- Dritte Welt Zentrum, München
- FAU-IAA – Freie ArbeiterInnen Union, München
- Forschungsgebiet Friedenserziehung der Uni Siegen
- fortsetzung folgt
- Freundschaftsgesellschaft BRD – Cuba, München
- Friedensaktion Palästina, München
- Friedensinitiative Bad Tölz / Wolfratshausen
- Friedensinitiative Bruchsal
- Friedensinitiative Trostberg / Traunreut / Traunstein
- Friedenskomitee Aschaffenburg
- Friedensnetz Baden-Württemberg
- FriedensTreiberAgentur, Düsseldorf
- GEW – Gewerkschaft Erziehung u. Wissenschaft, München
- IFFF – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit
- IMI – Informationsstelle Militarisierung, Tübingen
- Infogruppe Rosenheim
- Initiative Emanzipation ad Humanum
- Initiative gegen die Agenda 2010, Aschaffenburg
- isl – Internationale Sozialistische Linke
- Karawane f. die Rechte d. Flüchtlinge u. MigrantInnen, M.
- Libertad! Süd
- Münchner Friedensbündnis
- Munich American Peace Committee
- Die Naturfreunde, München-Süd
- Netzwerk Selbsthilfe e.V. München
- Öffentliche Aufforderung zum gewaltfreien Widerstand gegen Rüstung und Krieg
- Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit
- Ökumenisches Netzwerk „Kirche von unten“, Bonn
- oa – organisierte autonomie, Nürnberg
- Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden – PPF
- Palästina Komitee, München
- Pax Christi, München
- PDS-Gruppe im Münchner Stadtrat
- PDS – Partei des Demokratischen Sozialismus, München, LV Bayern, Kreis Aschaffenburg und Untermain
- RSB – Revolutionär Sozialistischer Bund / IV. Internation.
- SAM – Sozialistische Aktion, München
- SDAJ – Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, Bayern
- SDAJ, Bundesvorstand
- SDP – Plattform d. sozialist. Demokratie in der Türkei
- [solid] – die sozialistische jugend, Bayern
- Sozialforum Amper
- Sozialforum Nürnberg
- ver.di – Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft, Bez. Mchn.
- VVN/BdA – Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
- Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit, Reg.-Gr. M.
- Redaktion www.indynews.net
- Zentrum für Friedenskultur Siegen

Heißt das aber, dass wir uns bescheiden
Und „so ist es und so bleibt es“ sagen sollen?
Und, die Becher sehend, lieber Durste leiden
Nach den leeren greifen sollen, nicht den vollen?
Soll das heißen, dass wir draußen bleiben
Ungeladen in der Kälte sitzen müssen
Weil da große Herr geruht uns vorzuschreiben
Was da zukommt uns an Leiden und Genüssen?
Besser scheint's uns doch, aufzubegehren
und auf keine kleinste Freude zu verzichten
Und die Leidensstifter kräftig abzuwehren
Und die Welt uns endlich häuslich einzurichten!

BERTOLT BRECHT, GEGENLIED zu „Von der Freundlichkeit der Welt“

Keine Frau und keinen Mann für das NATO-Kriegsprogramm

VERANSTALTUNGEN – PROTESTAKTIONEN – DEMONSTRATIONEN – KUNDGEBUNGEN – 2005

MI, 9. FEBR. '05

RADIOBALLETT

ÖFFENTLICHE ZERSTREUNGS-AKTION

17¹⁰: (94,2 MHz) Fußgängerzone, zwischen Marienplatz und Stachus **R**

Stell Dir vor, Du gehst durch die Fußgängerzone und plötzlich bleibt jemand vor Dir stehen und macht seltsame Körperbewegungen. Und er ist nicht der einzige. 10 Meter weiter wieder einer – mit einem Stöpsel im Ohr. Du siehst Dich um, und entdeckst wieder eine. Alle führen synchron dieselben Bewegungen aus. Über Radio empfangen sie Anweisungen und bilden ihre simultanen, aber zerstreuten Figuren. Keine Versammlung, sondern serielle und wiederholte Bewegungen in der Grauzone zwischen erlaubten, zwielichtigen und unerwünschten Gesten. Alles, was Du brauchst: ein tragbares Radio (Richtpreis: 2.50 Euro mit Kopfhörer, Tröpferlbad oder in der Basis-Buchhandlung). Info: www.radioballett.tk

DO, 10. FEBR. 05

VERANSTALTUNG

19⁰⁰: DGB-Haus, Schwanthalerstraße 64

Peacemaker Europa – **D**

Was suchen wir am Hindukusch?

Infoveranstaltung zu den Militärplanungen der EU, – anschließend Film: „No man's land“ von Danis Tanovic, Antikriegs-Satire. Veranstalter: KJR Mchn., DGB-Jugend, SJD – Die Falken, Jusos.

FREITAG, 11. FEBRUAR 2005

9⁰⁰- 17⁰⁰: Mahnwache Bayerstraße / Goethestraße (Hbf Süd) **B**

11⁰⁰- 16⁰⁰: Mahnwache Richard-Strauß-Brunnen, Kaufingerstr. **R**

16³⁰ Uhr: **DEMONSTRATION** **L**
vom Lenbachplatz zum Dorint Sofitel, Bayerstr. (Hbf Süd)

17⁰⁰ Uhr: **KUNDGEBUNG** **B**
gegen die Wirtschafts- und Finanztagung vor dem Hotel Dorint-Sofitel, Bayerstraße, Hbf. Süd

17⁰⁰- 22⁰⁰ Infopoint (Schrammerstraße / Maffeistraße) **S**

19⁰⁰ Uhr: Bankett gegen den Empfang der Kriegsstrategen

17⁰⁰- 21⁰⁰ Infopoint, Dauermahnwache (Marienplatz) **M**

19³⁰ Uhr: Kundgebung am Marienplatz

19³⁰ Uhr: **FRIEDENSKONFERENZ** **M**
Internationales Forum, Altes Rathaus (Marienpl.) mit Hans-Peter Dürr, Horst-Eberhard Richter, Balkrishna Kurvay, Gerald Oberansmayer

0⁰⁰- 24⁰⁰ Convergence-Center, Tröpferlbad, Thalkirchner Str. 104 **T**

SAMSTAG, 12. FEBRUAR 2005

Auftakt: 12⁰⁰ **INTERNATIONALE DEMONSTRATION**
KUNDGEBUNG Marienpl. **M** zum Tagungsort der Kriegsstrategen und Rüstungsprofiteure

Ab 18⁰⁰ im **SOLI-KULTURFESTIVAL**
Feierwerk zur Finanzierung der Arbeit des Aktionsbündnisses Hansastr. **F** Vokü Kranhalle. Ab 19³⁰ Uhr: 9 Bands, 4 DJ's: 7.- Euro

Briefe

an den UN-Generalsekretär Kofi Annan

Aufgrund des eindeutig militärpolitischen Charakters der so genannten Münchner Sicherheitskonferenz haben sich einige Organisationen an Kofi Annan gewandt und ihm dringend von einer Teilnahme an dieser Tagung abgeraten.

Das Bündnis München gegen Krieg warnt Kofi Annan davor, sich missbrauchen zu lassen:

„Mit der Einladung und der beabsichtigten Verleihung einer 'Friedensplakette' an Sie versucht Horst Teltschik seiner NATO-Militärtagung in München einen friedensorientierten Anstrich zu geben und auf diese Weise den wahren Charakter der Veranstaltung zu verschleiern. Im Ergebnis würde Ihre Teilnahme an dieser Konferenz, sowohl von den Veranstaltern als auch in der Öffentlichkeit, als Billigung der militär- und machtpolitischen Ziele der NATO interpretiert werden. Sehr geehrter Herr Kofi Annan, dafür sollten Sie sich nicht hergeben. Dem Ansehen der Vereinten Nationen und der Sache des Friedens würden Sie auf diese Weise großen Schaden zufügen.“

Die Friedensinitiative Bad Tölz-Wolfratshausen schrieb u.a.: „Wir möchten Sie dringend bitten, Ihre Teilnahme an dieser Konferenz noch einmal zu überdenken. Ein Auftritt dort könnte unseres Erachtens nur darin bestehen, dass Sie die eklatante Missachtung des Völkerrechts und der UN durch die Regierungen vieler NATO-Staaten und insbesondere durch deren Führungsmacht USA mit deutlichen Worten benennen und eine Korrektur dieser für die ganze Welt verhängnisvolle Politik einfordern. Alles andere und vor allem die Entgegennahme der 'Friedensplakette' würde in unseren Augen dem Ansehen Ihres Amtes und Ihrer Person schweren Schaden zufügen.“

Das Munich American Peace Committee wandte sich mit der eindringlichen Bitte an Kofi Annan, seine Zusage für eine Teilnahme an der Sicherheitskonferenz zurück zu ziehen:

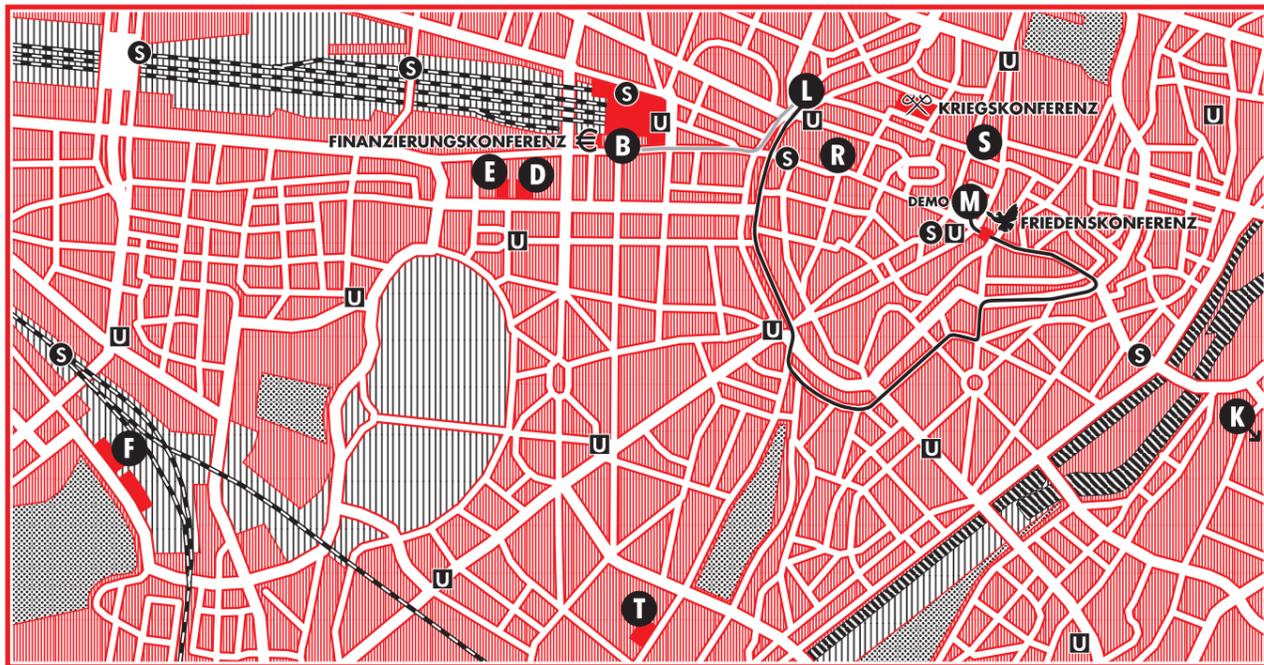
„Noch nie wurde bei einer Sicherheitskonferenz ernsthaft über 'Friedensstiftung, Konfliktlösungen und Frieden durch Dialog' diskutiert. ...Aus diesem Grund ersuchen wir Sie, die so genannte 'Friedensplakette' abzulehnen.“

SPENDEN

Konto: Martin Löwenberg
Konto-Nr.: 28264802
Postbank München
BLZ: 700 100 80

Stichwort:
„no-nato“

MÜNCHEN INNENSTADT



AKTUELLE INFORMATION

INFO-TELEFON: **0174 - 888 54 08**

BETTENBÖRSE: Angebote: pennplatz@no-nato.de
Tel.: 089 - 448 22 71 (17⁰⁰ - 22⁰⁰)

Nachfrage ab Fr: KommTreff, Lothringer Straße 6, Haidhsn. **K**

EA ERMITTLUNGS-AUSSCHUSS: **089 - 448 96 38**

im Falle von Polizeiübergriffen / Festnahmen während der Siko

• www.no-nato.de • www.muenchner-friedensbuendnis.de •
• www.attac-muenchen.de • www.muenchen-gegen-krieg.de

IMPRESSUM – KONTAKT

Kontakt: Friedensbüro, Isabellastraße 6, 80798 München, – Fax: 089 - 271 59 17, gegensiko@gmx.de

Herausgegeben im Januar 2005 in München (Endredaktion am 25. Januar 2005) im Auftrag des

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ

Redaktion: Claus Schreer, Bernd Michl, Wolfgang Blaschka (Kartographie, Gestaltung), Jan Tepperies

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Claus Schreer, Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München, Eigendruck i.S.

SOLI- **Kulturfestival** gegen die "Sicherheitskonferenz" in München Sa, 12. Februar 2005 / Feierwerk 19:30

LIVE: LAST EMPEROR/usa (HIP HOP)
maylay sparks/usa (HIP HOP)
chief kamachi /usa (HIP HOP)
•• MONO & NIKITAMAN / (DANCEHALL)

mop (Migration of the Peoples)

Jupiter Jones / (Punk Rock)

SUBROSA FALCON ASS. (Punk Rock)

SPik in snu22 (Punk)

THE NINE (Punk Rock)

DJ's Electropolyp (DAS ELEKTRISCHE WOHNZIMMER)

Jörg Rocking @ Bone

Junior Till - Irt's soundsysteml

thomas lechner (Candy Club)

Ab 18⁰⁰ Uhr Vokü in der Kranhalle!

Planet Peace 2005
Runter vom Gipfel



Eintritt: 7.- Euro